Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 277. Donnerstag, den 26. November 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstag begann die große Locarnodebatte mit Führerreden der großen Parteien. Von den Deutschnationalen ist ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingegangen.

* Trier soll bei der Räumung der Kölner Zone stark mit französischen Truppenstäben belegt werden. Die Trierer Stadtverwaltung hat dagegen Einspruch bei den Reichsbehörden erhoben.

* Da wegen des Todes der Königinmutter von England alle Festlichkeiten bei der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno unterbleiben, wird die Unterzeichnung möglicherweise nur durch die Botschafter der beteiligten Mächte erfolgen.

* In Laibach verwahrte sich der neue jugoslawische Minister Raditsch gegen eine etwaige Abenteuerpolitik Mussolinis und setzte dessen Drohung mit zwei Millionen Faschisten den Hinweis auf 100 Millionen Menschen vom Baltischen Meer bis zur Adria entgegen.

Was die Parteien sagen.

(124. Sitzung.) CB. Berlin, 23. November.

Der Reichstag begann bei unverminderten Interesse des Hauses und der Öffentlichkeit die

Aussprache über das Vertragswerk von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Der erste Redner aus dem Hause zu der gestrigen Regierungserklärung war der Abg. Wels (Soz.), der ausführte, daß keiner mit ungetrübter Freude die Vorlage begrüßen werde. Jeder aber müsse erkennen, daß man am Scheidepunkte der europäischen Politik stände. Es handle sich darum, nach der Kriegszerstörung der Periode des Wiederaufbaues die Wege zu ebnen und ein neues Verhältnis der Staaten zueinander zu schaffen. Es sei allgemein ein Bedürfnis nach Frieden vorhanden, das nur von denen verneint werden könne, die aus der wirtschaftlichen Unruhe und der politischen Unsicherheit Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit ziehen wollten. Deutschlands Arbeiterschaft habe das Bedürfnis nach Frieden in erster Linie. Sie verlange, daß das allgemeine Interesse vorangestellt werde den selbstsüchtigen Interessen von Gruppen, Cliquen und Parteien. Das gelte vor allem gegenüber der Agitation der Deutschnationalen Volkspartei, die aus der Denkschrift Chamberlains wissen müsse, daß eine Ablehnung des Locarnovertrages durch Deutschland die Folge hätte, daß England eine neue Entente gegen Deutschland aufrichtet. Die Kommunisten sollten erkennen, daß der Locarnovertrag in keinem Punkte sich gegen Rußland richte. Deutschland halte fest am Rapallovertrag; es wolle keine Isolierung Rußlands. Die Sozialdemokraten haben immer den Plan bekämpft, den Völkerbund zu einem Instrument gegen Rußland zu machen. Rußland könne diese Gefahr am besten vermeiden, wenn es aus seiner freiwilligen Isolierung heraustritt. Der Redner polemisierte dann ausführlich gegen die Haltung der Deutschnationalen.

Völkischer Mißtrauensantrag.

Präsident Löbe teilte mit, daß von den Völkischen ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung und außerdem ein Antrag eingegangen sei, wonach bei Annahme der Vorlage die Verkündigung auf zwei Monate ausgesetzt werden solle.

Der deutschnationale Redner.

Abg. Graf von Westarp (Dtn.) wandte sich zuerst gegen die Behauptung, daß seine Partei einen neuen Krieg propagiere. Er erklärte weiter, daß seine Freunde einstimmig die Vorlage ablehnten. Auch die Deutschnationalen wollten die Verständigung Deutschlands mit den Kriegsfeinden und Nachbarn, aber es müsse eine solche sein, die den deutschen Boden vor feindlichen Truppen bewahre, die Deutschland wirkliche Freiheit und Gleichberechtigung bringe und bei der die anderen auch einmal den guten Willen zeigen müßten, all das offenbare Unrecht, all die entsetzliche Gewalt, die sie Deutschland angetan hätten, wenn auch nicht wieder gutzumachen, so doch wenigstens einmal aufhören zu lassen. Nach dem Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung sei in dem Memorandum des Außenministers ohne ihr Vorwissen das Angebot des Sicherheitspaktes gemacht worden und die Deutschnationalen hätten sich trotzdem dauernd bemüht, den Vertrag so zu gestalten, daß er auch für sie annehmbar wäre. Darum hätten sie ganz bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder als Notwendigkeit bezeichnet. Sie müßten aber feststellen, daß das Verhandlungsergebnis von Locarno diesen Bedingungen nicht entspricht. Danach sollte jeder Verzicht auf deutsches Land, jede erneute Anerkennung des Versailler Vertrages ausgeschlossen sein. Diese Bedingung sei nicht erfüllt. (Widerspruch des Außenministers Dr. Stresemann.) Wenn der Reichskanzler, so fuhr der Redner fort, keine autoritative Stimme des Auslandes kenne, die wesentlich von der Auslegung der deutschen Regierung abweiche, so erinnere er an die Äußerungen des belgischen Außenministers, die darauf hinauslaufen, daß Deutschland mit dem Locarnovertrag den Versailler Vertrag anerkenne.

Unterbrechung durch den Reichskanzler.

Hier unterbrach Reichskanzler Dr. Luther den Redner und meinte: „Solche Stimmen müssen doch in Zusammenhang gebracht werden mit dem klaren Wortlaut des Vertrages.“ Gewiß, so meinte der Redner, seine Freunde verlangten, besonders auch bei der Haltung der deutschen Sozialdemokratie, daß in Zukunft nicht die Auslegung der Gegenseite immer mehr Geltung gewinne. Weiter sei auch die Bedingung nicht erfüllt, daß Deutschland nicht in eine Stellung gegen Rußland gedrängt wird. Tatsächlich habe Artikel 16 der Völkerbundsatzungen diese Wirkung. Auch die Schmach der Kriegsschuldlüge sei nicht von Deutschland genommen worden. Ferner sei nicht die erforderliche Sicherheit für eine allgemeine Abrüstung gegeben, ebenso sei keine formelle Stellung gegen den Investigationsbeschluß (Kontrollrecht) gegeben. Das Vertragswerk sei ein überaus undurchsichtiges und kompliziertes Paragraphenwerk, das bei wirklich gespannten Beziehungen der Völker, wie sie z. B. bei Ausbruch des Weltkrieges bestanden, nicht standhalten wird. Die Vermeidung von Kriegen in Paragraphen zu formulieren, sei ein Problem ähnlich der Quadratur des Zirkels. Die Räumung der Kölner Zone bedeute kein Entgegenkommen, sondern die Erfüllung eines klaren Rechtsanspruches. Durch die neuen Bestimmungen in der Entwaffnungsfrage werde die Stellung des Generals von Seeckt so verändert, daß die Vaterländischen Verbände dem Minister Severing und ähnlichen Leuten ausgeliefert werden. Der Belgier Vandervelde habe kürzlich gesagt, daß eine Abkürzung der Besetzungsfristen, die im Versailler Vertrag festgelegt seien, nicht erfolgen könne. In eingehenden Darlegungen suchte der Redner dann nachzuweisen, daß das Vertragswerk von Locarno verfassungändernde Abmachungen enthalte, also seine Annahme im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Gerade das „ne varietur“ (nicht abänderbar) des Locarnowerkes habe die größten Schwierigkeiten gemacht, durch das eine Änderung unmöglich wurde, die den Deutschnationalen vielleicht die Zustimmung noch ermöglicht hätte. Zum Schlusse trat der Redner noch für einen

Rücktritt des Reichskabinetts

vor der Unterzeichnung in London ein, weswegen die Deutschnationalen ihr Mißtrauensvotum eingebracht hätten. Sie hätten außerdem beantragt, einen Zusatz in die Vorlage aufzunehmen, daß es zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eines besonderen Gesetzes bedürfe. Der Redner schloß mit der Betonung, Deutschland könne nichts helfen, wenn es sich nicht selber helfe und auf seine eigenen Kräfte verlasse. Der Schluß der Rede wurde von den Deutschnationalen mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen, auf der linken Seite mit Pfeifen aufgenommen.

Mißtrauensantrag der Deutschnationalen.

Das gestern von der deutschnationalen Reichstagsfraktion gleichzeitig mit dem Beschluß, einhellig gegen die Locarnovorlage zu stimmen, angenommene Mißtrauensvotum hat folgenden Wortlaut: „Angesichts der Erklärungen, die die Reichsregierung zur Locarno- und Völkerbundfrage abgegeben hat, obwohl sie gleichzeitig ihren demnächst erfolgenden Rücktritt angekündigt hat, entzieht der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“ Ferner wird beantragt, einen Zusatz zu Absatz 2 der Vorlage anzufügen: „Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes.“

Erklärung des Zentrums.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) verlas eine längere Erklärung seiner Fraktion, worin das Vertragswerk von Locarno als ein großer Schritt auf dem Wege zur Freiheit bezeichnet wurde. Es widerspräche nicht den Bedingungen, die man an jeden Vertrag zu stellen habe, daß er nämlich nicht der Gleichberechtigung Deutschlands unter den Mächten der Welt oder seiner nationalen Würde zuwiderläuft. Deutschland erkenne damit nicht die Kriegsschuldlüge an, deren Bekämpfung Deutschland im Bunde mit allen Wahrheitsfreunden im Ausland fortsetze. Als notwendige Auswirkung der Verträge erachte das Zentrum die Befreiung der zweiten und dritten Zone und die Vordatierung der Abstimmung an der Saar. Trotz mancher Bedenken gegen die Satzungen des Völkerbundes sei das Zentrum doch für den Eintritt Deutschlands, damit es nicht zu einer einseitigen Stellung gegen Rußland genötigt werde.

Stellung der Deutschen Volkspartei.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) hob hervor, daß es schon das Ziel des kaiserlichen Deutschlands gewesen sei, für eine friedliche Entwicklung zu wirken. Aus der schwachen Stellung Deutschlands heraus sei es erklärlich, daß diese Auffassung jetzt verstärkt vertreten werde. Es käme nicht darauf an, ob in Locarno mehr herauszuholen gewesen wäre, sondern darauf, daß das Erreichte eine Besserung darstellt. Seine Freunde erwarteten von der Reichsregierung, daß beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erneut die Feststellung von der Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriegsausbruch hervorgehoben werde. Eine wesentliche Verkürzung der Besetzung der zweiten und dritten Zone würde den vielbesprochenen Geist von Locarno in der Praxis zeigen. Einiges sei durch Locarno in den Rheinlanden schon besser geworden. Die Abschaffung der Zivildelegierten erscheine besonders wünschenswert, weil sie den Anfang der Wiederherstellung der völligen deutschen Autorität in den besetzten Gebieten bedeute. Nach Eintritt in den Völkerbund müßte dafür gesorgt werden, daß das Kontrollrecht endlich beseitigt würde. Zum Schlusse wandte sich der Redner gegen die in einigen deutschnationalen Zeitungen in letzter Zeit erhobenen schweren Angriffe gegen die Deutsche Volkspartei, die allen, die sich nicht gleich ihnen gegen Locarno einsetzten, die vaterländische Gesinnung abspräche.

Weitere Redner.

Abg. Thälmann (Komm.) lehnte in längeren Ausführungen die Locarnoverträge ab. Stresemann kolkuliere so, daß er durch den Garantiepakt im Westen Ruhe und Bewegungsfreiheit für blutige Abenteuer im Osten schaffen wolle. England wolle Deutschland zum aktiven Vorgehen gegen Sowjetrußland benutzen. Für Elsaß-Lothringen und den polnischen Korridor müsse das Recht der Selbstbestimmung erkämpft werden. Der Völkerbund könne ihnen aber nicht helfen; dieser sei nur ein Instrument der imperialistischen Sieger von Versailles zur Verwirklichung ihrer Ziele.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärte im Gegensatze zum Reichskanzler Locarno nicht für einen Anfang, sondern für eine Etappe auf dem Wege, den seine Freunde seit sechs Jahren gegangen seien, um Deutschland durch Verständigung zur Freiheit zu führen, zur Revision des Versailler Vertrages nicht durch Abänderung, sondern durch seine Auslegung und Weiterbildung.

Der Redner schloß, jetzt komme es darauf an, daß [illegible] alle diejenigen Parteien in der Regierung und in der Regierungsmehrheit zusammenfinden, für die Locarno nicht bloß eine Episode sei, sondern die die Außenpolitik im Geiste von Locarno führen wollen. Da dürfe sich keine Partei hinter innenpolitischen Gegensätzen verschanzen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

betrat die Tribüne und meinte, der Vorredner habe die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser gewesen wäre, dem Appell, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten müsse, schon im vorigen Jahre zu folgen. Demgegenüber stellte er fest, daß auf der Tagung des Völkerbundes tatsächlich ein solcher Appell ergangen sei. Er sei aber für die deutsche Regierung völlig unerwartet gekommen. Bei dem vierzehntägigen Aufenthalt in London zur Londoner Konferenz sei den deutschen Delegierten irgendeine Einladung in dieser Richtung nicht gemacht worden. Das Entscheidende in dem deutschen Februarmemorandum sei dann die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands zum Eintritt gewesen. Vorher hätten jedoch noch drei Fragen geklärt werden müssen. Die Regierung Luther sei in keinem Punkt von den Richtlinien abgewichen, die sie in einer Sitzung unter dem Vorsitz des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert über die Völkerbundfrage aufgestellt habe. Was den Sicherheitspakt betreffe, so wäre es unbedingt Zeit für ein deutsches Eingreifen gewesen, wenn nicht ein einseitiges Eingreifen von anderer Seite gegen uns erfolgen sollte. Wäre die Paraphierung von deutscher Seite in Locarno nicht erfolgt, so wäre Herr Briand trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen, sondern dann hätten sich die Alliierten unter sich geeinigt. (Lebhaftes Hört, hört!) Es sei auch nach dem Locarnovertrag viel Unerträgliches für Deutschland geblieben, aber nach diesem verlorenen Kriege werde es Jahrzehnte dauern, bis alle Unerträglichkeiten für Deutschland vollständig beseitigt sind. Der Minister wandte sich dann gegen die Bemerkung des Abgeordneten Graf Westarp, daß doch nach der Auslegung autoritativer Stimmen der Alliierten der Locarnovertrag eine erneute, diesmal freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages sei. Der Minister suchte demgegenüber nachzuweisen, daß dies nicht der Fall sei und daß auch der Locarnovertrag keineswegs die Möglichkeit ausschließe, die bestehenden Grenzen im Wege friedlicher Verständigung zu ändern. Das ergebe sich auch gerade aus anderen Teilen der Rede Vanderveldes. Die Feststellung, daß der Versailler Vertrag unangetastet bleibe, finde sich fast in allen Verträgen, die Deutschland in den letzten Jahren abgeschlossen hat. Gegen diese Verträge, die zum Teil von der vollständigen Regierung Luther abgeschlossen seien, sei niemals der Einwand erhoben worden, daß sie einer freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages seien. Schon in der Note vom 20. Juli werde ausdrücklich erklärt, daß der Abschluß des Sicherheitspaktes keine Änderung der bestehenden Verträge bedeute.

Zur Kriegsschuldfrage

hätten die Deutschen ihre Erklärungen bei der Einleitung der Locarnoverhandlungen so deutlich abgegeben, daß man unter keinen Umständen in der Unterschrift ein neues Schuldbekenntnis sehen kann. Der Minister wies dann darauf hin, daß es auch in Deutschland Stimmen gäbe, die für einen Pakt gegen Rußland eintreten. Dazu gehöre z. B. der Jungdeutsche Orden, der diesen Gedanken in seinem Organ klar und offen publiziere. Die deutsche Regierung habe so oft, daß es endlich einmal aufhören müsse, betont, daß sie mit Rußland Frieden wünsche. Es sei an der Zeit, daß Rußland nun auch seinerseits einmal erkläre, in Europa den Frieden haben zu wollen. Der Minister verbreitete sich dann nochmals über die Stellung, die Deutschland als Mitglied des Völkerbundes einnehmen werde.

Keine Kriegsgreuelprozesse mehr.

Wie der Minister weiter erklärte, seien die Rückwirkungen bisher allerdings noch nicht im vollen Umfange eingetreten. Er teilte dann weiter mit, daß die belgische Regierung in Ansehung der Konferenz von Locarno beschlossen hätte, die sog. Kriegsverbrecherprozesse nicht mehr fortzusetzen. Auch die französische Regierung hat erklärt, daß sie einen ähnlichen Beschluß vorbereite.

Dann besprach der Außenminister das vom Reichsarbeitsminister auf dem Zentrumsparteitag bekanntgegebene Telegramm des Kabinetts an die Delegierten in Locarno. Es habe sich dabei nicht um einen Kabinettsbeschluß gegen die Paraphierung der Verträge gehandelt, sondern nur um eine Meinungsäußerung darüber, daß die Delegierten doch erwägen möchten, ob es angängig sei, daß, während für die anderen Staaten nur die Außenminister unterzeichneten, für Deutschland der Reichskanzler und der Außenminister unterzeichne. Es habe aber eine Zeit gegeben, wo heftiger Protest dagegen erhoben worden war, daß Deutschland nur durch seinen Außenminister in Locarno vertreten werde, und es sei auch psychisch und physisch für einen einzigen Delegierten gar nicht möglich gewesen, mit den vielen Verhandlungsgegnern zu arbeiten. Als dies zum Ausdruck gekommen sei, hätten dieselben Kreise, die vorher den Außenminister nicht allein reisen lassen wollten, den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Nehmen Sie es mir, so sagte der Außenminister zu den Deutschnationalen gewandt, daher nicht übel, wenn ich an der Objektivität Ihres Standpunktes etwas zweifle.

Zum Schlusse gab der Minister bekannt, er hätte dem französischen Botschafter heute erklärt, daß sich Deutschland gern an der von Loucheur angeregten Weltwirtschaftskonferenz beteiligen werde.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Ver.) erklärte, daß seine Freunde die ganze Vorlage ablehnten, weil einmal die vor dem Wege nach Locarno festgelegten Voraussetzungen und Bedingungen für den Vertragsabschluß nicht erfüllt worden seien und sie weiter gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund seien.

Abg. Graf Lerchenfeld (Bayer. Vp.) meinte, Locarno sei an sich geeignet, dem Ziele der Befriedung zu dienen. Es sei eine Entspannung im Verhältnis zu unseren ehemaligen Kriegsgegnern eingetreten.

Nach dem Grafen Reventlow (Völk.) lag keine Veranlassung für die Absendung des Februarmemorandums vor.

Alle Parteien hätten anerkannt, daß es sich bei dem Locarnovertrag um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, um eine Schicksalsfrage Deutschlands handele. Deshalb hätte die Regierung hier keine hinterhältige Politik treiben dürfen. Der Redner lehnte den Locarnovertrag namens seiner Fraktion ab.

Nach ihm sprach Abg. Strasser (Nat.-Soz.), der sich ebenfalls gegen Locarno wandte.

Antwort an Mussolini.

Man kann nicht gerade sagen, daß Herr Mussolini ein beruhigendes Element in der europäischen Politik ist. Mit Drohungen spart er nicht, und wie er es einst mit Gabriele d'Annunzio vor Fiume trieb und dann später Korfu mit Granaten belegen ließ, hat deutlich genug gezeigt, daß seine Drohungen keine leeren Worte sind, sondern häufig nur Ankündiger von Taten. Ganz, ganz fern am Horizont schien über der Brennergrenze ein Wölklein aufzusteigen, weil ja in Locarno an die Stelle militärischer Machtpolitik ein Geist des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern sich erheben sollte. Eines der ersten Rechte eines jeden Volkes ist seine Selbstbestimmung. Nun hat aber die Grenzregelung in Versailles in schwerer Form gegen dieses Recht verstoßen, indem man nicht nur 300 000 Deutsche in Südtirol den Italienern überantwortete, sondern auch an der östlichen Adriaküste weite Strecken, wo die Italiener nur eine Minderzahl bilden, nicht etwa dem neugegründeten jugoslawischen Reich überwies, sondern es gleichfalls Italien zueignete, um dem alten Wunsch nach dem „Mare nostro" — unser das Mittelländische Meer! — der Italiener möglichst weit entgegenzukommen. Kürzlich hat Mussolini wieder einmal gedroht, mit den zwei Millionen Faschisten nämlich, die für den Fall zum Sprunge bereit seien, daß Italiens neue Grenzen bedroht seien. Diese Drohung klang ein wenig merkwürdig hinein in die Verhandlungen, die sich an die Locarnoer Konferenz anschlossen. Sie steigerte sich zu dem Verlangen, das der italienische Botschafter in Wien vorbrachte, Deutsch-Österreich müsse Sanktionen erfüllen, weil in der Abgeordnetenkammer an der Unterdrückungspolitik Mussolinis in Südtirol und seinen deutlichen Drohungen gegen Deutsch-Österreich Kritik geübt worden war.

Mussolini hat von ganz anderer Seite eine Antwort erhalten, die an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrig läßt, und zwar eine Antwort, die ganz dicht an der italienischen Grenze ausgesprochen wurde. In Laibach hat der neuernannte südslawische Unterrichtsminister Stephan Raditsch eine Rede gehalten. Raditsch ist selbst Kroate, hat als solcher jahrelang in heftigster Opposition zur Politik der Belgrader Machthaber gestanden, ist Führer der Kroaten, die er schließlich in letzter Zeit so halb und halb mit den Serben versöhnt hat. Ganz unzweifelhaft war die Adresse, an die sich Raditsch in seiner Rede wandte. Italien möge sich in acht nehmen und nicht daran denken, etwa seine angedrohte Abenteurerpolitik in die Tat umsetzen zu wollen; denn es würde dann nicht allein Südslawien, sondern die ganze Kleine Entente gegen sich haben, und dann könne es doch vielleicht fraglich werden, ob die Grenzen Italiens so unverletzlich seien, wie Mussolini gemeint habe. Außerdem sei der südslawische Staat so stark, daß er unter keinen Umständen zum Spielball fremder Staatsmänner werden könne. Wenn aber der Faschismus wirklich glaube, das Nationalitätenprinzip auch außerhalb der Grenzen Italiens mit Füßen treten zu können, so solle er sich gesagt sein lassen, daß ihm 100 Millionen Menschen vom Baltischen Meer bis zur Adria entgegentreten würden.

Raditsch verbittet es sich also, daß Mussolini seine begehrlichen Hände ausstreckt über die Grenzen Italiens hinaus, daß er das Selbstbestimmungsrecht draußen mit Sanktionen unterdrücken will, die sich mit der Souveränität der Nachbarstaaten wirklich nicht mehr vereinbaren lassen. Das Verhältnis zwischen Italien und Jugoslawien ist also nicht gerade ein friedlich-freundschaftliches, ebensowenig wie das mit den anderen Nachbarstaaten. Raditsch ist mit seiner Rede übrigens wesentlich geschickter verfahren, als das im Deutschen Reichstag geschehen ist; moderne Staatsweisheit verbietet es ja, sich in die inneren Verhältnisse fremder Staaten einzumischen, auch wenn es die eigenen Volksgenossen angeht. Daran hat sich auch Raditsch gehalten. Freilich ist Mussolini die Wirklichkeit, die immer noch, trotz Locarno, Machtpolitik ist; er würde sich keinen Augenblick besinnen, diese Macht im wirklichen oder vermeintlichen Interesse seines Landes einzusetzen.

Unterzeichnung durch die Botschafter.

Keinerlei Festlichkeiten in London.

Aus London kam die Nachricht, die britische Regierung beabsichtige eine Mitteilung an die am Locarnovertrag beteiligten Regierungen zu richten, in der diese ersucht werden, ihre Botschafter in London anzuweisen, den Locarnovertrag namens ihrer Länder zu unterzeichnen. Mit Rücksicht auf den Tod der Königinmutter Alexandra sind alle Festlichkeiten, die zur bevorstehenden Unterzeichnung der Locarnoverträge vorgesehen waren, abgesagt worden. Auch in Berlin soll man, nachdem der Tod der Königinmutter Alexandra die vorgesehenen Unterzeichnungsfeierlichkeiten verhindert hat, die Unterzeichnung durch die Botschafter für das richtige halten.

Notschrei aus Trier.

In Trier herrscht ziemliche Erregung, da eine Benachrichtigung des französischen kommandierenden Generals eingetroffen ist, welche die Bereitstellung einer großen Anzahl von Quartieren für französische Stäbe usw. verlangt, die bei Räumung der Kölner Zone nach Trier verlegt werden sollen. Die Trierer Stadtverordneten haben Telegramme an den Reichskanzler Dr. Luther, Dr. Stresemann, das Ministerium für die besetzten Gebiete und an den neuernannten Reichskommissar abgesandt. Es wird darin gesagt, daß 115 Wohnungen und zwei herrschaftliche Häuser sowie ein Gebäudekomplex von über 300 Räumen besetzt werden sollen. Bei der furchtbaren Wohnungsnot in Trier sei die Stadt gar nicht imstande, diese Bereitstellungen auszuführen. Die jetzige Inanspruchnahme an Wohnräumen in Trier durch das französische Militär sei etwa sieben- bis achtmal so stark wie durch das deutsche Militär im Jahre 1914. Die neuen Forderungen seien für Trier überhaupt untragbar.

Bayerische Regierung und Locarno.

Im Zwischenausschuß des Bayerischen Landtages erhielt Ministerpräsident Dr. Held das Wort zu Darlegungen über den Standpunkt der bayerischen Regierung zu den Locarnoverträgen. Er führte u. a. aus: Bei der von der Reichsregierung ergriffenen Initiative sind zwei Fehler gemacht worden: 1. Das Memorandum vom 9. Februar war zu unbestimmt und weitgehend; 2. der Schritt ist nicht zu dem richtigen Zeitpunkte erfolgt. Ein weiterer Fehler war, daß Deutschland später nicht einen ausgearbeiteten Vertrag den Vertragsgegnern vorlegte. Auch ein Wiederaufrollen der Schuldfrage in Locarno würde für das Gesamtergebnis keine nachteiligen Folgen gehabt haben. Die koloniale Frage ist für Deutschland eine Ehrenfrage und eine Frage von hoher wirtschaftlicher Bedeutung; sie durfte daher bei der großen Auseinandersetzung ebensowenig übersehen werden wie die Minoritätenfrage. Das Fortbestehen der Besetzung ist für Deutschland das Härteste und Entwürdigendste. So lange nicht die Hand von Deutschlands Gurgel gelöst wird, gibt es keine Voraussetzungen für einen wahren Frieden.

Ministerpräsident Held erklärte zusammenfassend: Ich habe mich entschlossen, so wenig befriedigend die Rückwirkungen sind, und so übel die Lage Deutschlands außenpolitisch ist, die Frage der Unterzeichnung mit ja zu beantworten. Soweit wie die Dinge gediehen sind, scheint es mir nicht möglich, jetzt nein zu sagen. Was die Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund betrifft, so habe ich in der entschiedensten Weise dagegen Stellung genommen, weil dieser Völkerbund nichts anderes darstellt, als ein Instrument der Siegerstaaten zur Niederhaltung Deutschlands.

Deutsche Volkspartei und Locarno.

Eine Entschließung des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nahm bei außerordentlich starker Beteiligung im Reichstag Stellung zum Vertrag von Locarno und zur innerpolitischen Lage im Reiche, wobei Dr. Stresemann ein einleitendes Referat hielt. In der anschließenden Aussprache befürworteten alle Redner, insbesondere auch die Vertreter der besetzten Gebiete, die Annahme der Verträge von Locarno und verurteilten das Verhalten der Deutschnationalen. Die Tagung endete mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung, in der der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß es notwendig sei, in Europa einen dauernden Friedenszustand zu schaffen. Gleichzeitig spricht die Partei ihre Überzeugung dahin aus, daß die großen Auswirkungen des Vertrages sich erst zeigen können, wenn er in Kraft getreten ist. Die Entschließung betont, daß das Werk von Locarno alle Möglichkeiten friedlicher Änderung der bestehenden Verträge offen läßt. Daher erklärt der Zentralvorstand vor dem deutschen Volke, daß er einmütig für das Werk von Locarno eintrete.

Zur innerpolitischen Lage heißt es dann in der Entschließung: „Die Politik von Locarno ist von einer bürgerlichen Regierung geführt worden. Das Zusammenhalten des deutschen Bürgertums ist durch das Vorgehen der Deutschnationalen Volkspartei zersprengt. Damit sind Gefahren für unsere innerpolitische und innerwirtschaftliche Entwicklung entstanden. In der kritischsten Stunde der deutschen Entwicklung scheute die Deutschnationale Volkspartei die Politik der Verantwortung, um die bequeme Oppositionsstellung wieder einzunehmen. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reiche bedingt nach Abschluß des Vertrages von Locarno, daß die Reichsregierung nur aus Persönlichkeiten und Vertretern von Parteien bestehen kann, die gewillt sind, die Außenpolitik im Geiste des Werkes von Locarno weiterzuführen. Die Deutsche Volkspartei wird sich ihrerseits auch in Zukunft in der Frage ihrer Stellung im Reich und in den Bundesstaaten nur von dem Gefühl verantwortlicher Mitarbeit leiten lassen."

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Stellvertretung für Dr. Frenken.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Luther mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Justiz und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt.

Die Abfindungsverhandlungen mit den Hohenzollern.

Die Vergleichsverhandlungen der preußischen Regierung mit den Vertretern des Hohenzollernhauses in der Frage der Abfindung stehen vor dem Abschluß. In nächster Woche wird eine entsprechende Vorlage dem preußischen Kabinett vorgelegt werden. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die in einem Teil der Presse genannten Zahlen — es wurde z. B. von einer Milliarde gesprochen — als phantastisch bezeichnet werden müssen.

Die Regierungsbildung in Baden.

Da die Demokraten in Baden sich gegen die Erneuerung der bisherigen Koalition — Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten — entschieden haben, werden Zentrum und Sozialdemokraten allein die neue badische Regierung bilden. Das Staatspräsidium geht vom Demokraten Hellpach auf den Finanzminister über, der dem Zentrum angehört.

Italien.

× **Geldsammlung zur Kriegsschuldtilgung.** Die offiziöse italienische Telegraphenagentur Stefani teilt mit: Der Aufruf an das Volk zur Sammlung von Dollar, durch welche die Regierung in den Stand gesetzt werden soll, die Kriegsschulden an Amerika abzutragen, hat den besten Erfolg. Der König und alle Mitglieder der königlichen Familie, alle Minister, Parlamentsmitglieder und Persönlichkeiten aller Kreise haben sich an der Spende beteiligt. Staatsbeamte und Privatangestellte, Studenten und Arbeiter haben in Masse gezeichnet. Bemerkenswert ist die Beteiligung des Verbandes der Priestervereine, dessen Vorstand in einem Aufruf die Geistlichkeit zur regen Mitarbeit an diesem vaterländischen Werk auffordert.

Putschpläne aus Bayern.

Auf Ersuchen des Reichswehrministers Dr. Geßler und der Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Luppe hat sich der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Haas mit der bekannten Streitfrage beschäftigt, die unter den beiden Herren wegen der bayerischen Putschpläne des Vorjahres entstanden war, um eine Art Schiedsspruch zu fällen. Dr. Haas veröffentlicht jetzt das Ergebnis seiner Bemühungen, bei denen er feststellt, daß im Herbst 1924, auf diese Putschpläne aufmerksam gemacht, Dr. Geßler sofort mit dem damaligen Reichspräsidenten Ebert Rücksprache genommen und Schritte zur Niederhaltung dieser angeblichen Bewegung eingeleitet hätte. Von diesen Dingen war dann in einer Unterhaltung zwischen Dr. Geßler und Dr. Luppe die Rede, wobei Dr. Geßler sagte, daß mit einem Eingreifen der Reichswehr bei bayerischen Verfassungsstreitigkeiten nicht zu rechnen sei, womit er lediglich auf die Schwierigkeiten hinweisen wollte, die hätten

---

Gerne leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

80] (Nachdruck verboten.)

Das junge Mädchen war ganz fassungslos gewesen, als es davon erfuhr und als ihr Onkel Peter, wie es die Verstorbene gewünscht hatte, in einem eisernen Kassettchen die fünfundzwanzigtausend Mark überreichte und ihr den Gebrauch der Zinskupons erklärte, die den Wertpapieren beigefügt waren. Sie wußte nicht, ob sie sich darüber freuen sollte, und Frau Adolphines Verhalten überzeugte sie fast, daß ihr das viele Geld nur mit Unrecht gehörte. Erst Ernsts Ermahnungen, Großtantings Fürsorge für sie mit frohem Herzen anerkennen und sich durch nichts in dem Glauben irre machen zu lassen, daß ihr Großtanting das Geld mit dem Rechte der Liebe hinterlassen hatte, machte sie ruhiger.

Großtanting hatte ausdrücklich bestimmt, daß Bettina das Geld in sicheren Papieren sofort ausbezahlt bekommen sollte und daß es zu ihrer freien Verfügung stand. Niemand sollte ihr dreinzureden haben. — Das hatte die alte Dame so angeordnet, weil sie Bettina einigermaßen unabhängig von Adolphine machen wollte.

Das junge Mädchen hatte die eiserne Kassette mit heiliger Scheu in ihren Schrank geschlossen, und wenn sie abends allein in ihrem Zimmer war, dann strich sie wohl leise darüber hin mit den Händen — als wäre es ein Teil der geliebten Verstorbenen.

Mit Ernst kam Bettina sehr wenig zusammen, nun sie sich in Großtantings Stübchen nicht mehr zum Dämmerplausch zusammenfanden. Nur bei Tisch sahen sie sich und zuweilen im Vorübergehen. Manchmal kam Ernst zu Tisch gar nicht nach Hause, denn er hatte sehr viel zu tun. Immer neue Aufträge erhielt er. Seine Entwürfe waren so ganz eigenartig und künstlerisch vollendet, dabei praktisch leicht durchführbar, daß jeder, der zu bauen hatte, zuerst zu ihm kam. Er mußte Hilfskräfte engagieren, obwohl er eine ganze Menge Arbeiten zurückweisen mußte. Dazu nahm ihn der Theaterbau stark in Anspruch. Auch heute mittag hatte er nach Hause telephoniert, daß er nicht zum Essen kommen könnte. Und das machte Bettina immer sehr traurig — denn sie lebte nur noch in den kurzen Minuten, da sie ihn sehen konnte.

Wieder seufzte sie auf und nahm ein frisches Wäschestück vor. Da öffnete sich plötzlich die Tür und Ernst trat ein. Alle Trauer wich aus ihrem Gesicht, ihre Augen leuchteten auf. —

„Tag, Bettina."

„Guten Tag, Ernst."

„Nun, schon wieder so fleißig? Du solltest bei dem herrlichen Wetter doch lieber spazieren gehen."

Sie lächelte.

„Und meine Wäsche? Wer soll die in Ordnung bringen?"

„Du selbst, wenn du wieder heim kommst. Der Tag ist lang. Und mit deiner Arbeit eilt es doch nicht."

Er setzte sich ihr gegenüber und wühlte in dem Wäschesaß herum.

„Doch, Ernst. Tante würde mich schelten, wollte ich meine Arbeit liegen lassen und nach Gefallen fortlaufen."

„Dann will ich schnell um Urlaub für dich bitten. Wo ist meine Mutter?"

„Tante ist ausgegangen."

„So!"

Ernst erhob sich und ging im Zimmer auf und ab. Dabei sah er immer wieder zu Bettina hinüber, deren Liebreiz ihm noch nie so zum Bewußtsein gekommen war wie eben jetzt. Endlich blieb er vor ihr stehen.

„Meinst du, daß deine Flickerei wichtiger ist als meine Baupläne?" Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Nein, das meine ich gewiß nicht."

„Na, also — dann packe deinen Kram zusammen. Ich bin auch mitten aus meiner Arbeit fortgelaufen, um mit dir eine Stunde in den Wald gehen zu können."

Sie sah errötend mit freudigem Schrecken zu ihm auf.

„Du — mit mir in den Wald?!" rief sie voll zitternder Freude.

„Ja, gewiß. Deshalb komme ich nach Hause. Willst du nicht mitkommen?"

Sie atmete tief auf.

„Vorwärts, fertig gemacht. In fünf Minuten bist du wieder hier. Du sollst dir heute rote Wangen laufen. Es ist mir schon lange aufgefallen, daß du so blaß aussiehst. Das muß anders werden. Und wenn du dich unbedingt tyrannisieren lassen willst, kann ich das ja auch sehr gern tun. Also los."

Sie zögerte noch, obwohl ihr dieser Spaziergang unsagbar verlockend erschien.

„Tante wird schelten —"

„Rrrruhe — Order parieren. Ich werde es selbst vor meiner Mutter verantworten."

Nun eilte sie hinaus. Mit fliegenden Händen machte sie sich zum Ausgehen fertig und stand vor Ablauf der fünf Minuten wieder vor Ernst.

Dieser hatte inzwischen mit aufgestütztem Kopf in einem Sessel gelehnt und vor sich hin gesonnen. Mitten in seiner Arbeit hatte ihn eine treibende Unrast erfaßt — ein blonder Mädchenkopf war vor ihm aufgestiegen. Tiefblaue, leuchtende Augen sahen ihn lockend an und ließen ihn nicht mehr los, bis er heftig seine Zeichnungen beiseite schob und nach Hause stürmte. So ging es ihm oft jetzt. Immer stahl sich der Gedanke an Bettina in seine Arbeit, und er brauchte sehr viel Argumente, um sich das zu erklären. Es war ja so natürlich. Großtanting hatte ihn zu Bettinas Schützer bestellt. Er betrachtete das junge Mädchen als ein teures Vermächtnis. Da mußte er sich selbstverständlich um sie kümmern, sich in Gedanken mit ihr beschäftigen. Das war doch so klar. Warum ihn aber oft eine fieberhafte Unruhe packte, die nicht eher nachließ, bis er Bettina gegenüber stand — das erklärte er sich nicht. Sie tat ihm natürlich leid, das arme, liebe Ding. Sie war so einsam, so verlassen, mit ihrem weichen Herzen, seit Großtantings Tode. Und seine Mutter war schroffer und härter als je zu ihr, das entging ihm nicht. Sie konnte ihr die Erbschaft nicht vergeben — ach — wie klein sind die Menschen — und wie bitter, wenn man die eigene Mutter kleinlich finden muß. Bettina hatte keinen Menschen, der lieb und gut zu ihr war. Da mußte er sich doch ihrer annehmen. (Fortsetzung folgt.)

entstehen können, wenn die Angelegenheit der bayerischen Staatspräsidentenschaft in einer der Reichsverfassung nicht widersprechenden, politisch aber bedenklichen Form gelöst worden wäre.

Das deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen.

Dem Parlamentsberichterstatter des „Telegraaf" zufolge besteht große Wahrscheinlichkeit, daß das neue deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen noch in dieser Woche unterzeichnet werden wird. Von seiten Deutschlands ist für eine Anzahl von landwirtschaftlichen und Gärtnereiprodukten eine wesentliche Herabsetzung der Einfuhrzölle zugestanden worden, während die niederländische Regierung in eine Verlängerung des Deutschland gewährten Kredites bis zum Jahre 1935 sowie in eine Herabsetzung des Zinsfußes eingewilligt hat.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Ein höherer Beamter des Auswärtigen Amtes ist nach Paris gesandt worden zur Unterstützung des deutschen Botschafters v. Hoesch bei Verhandlungen, in denen Deutschland die Befreiung seiner Zivillustschiffahrt von einer Reihe von Beschränkungen anstrebt.

London. Im Unterhaus teilte Luftfahrtminister Hoare auf eine Anfrage mit, daß sich in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 in der britischen Militärluftfahrt 42 tödliche Unfälle ereignet hätten, bei denen 57 Offiziere und Mannschaften ums Leben kamen.

Santiago de Chile. Die allgemeinen Wahlen zum Kongreß haben in vollkommener Ruhe stattgefunden. Die Vereinigten Parteien haben 75 %, die Unabhängigen 10 % und die Demokraten und Sozialisten 15 % der abgegebenen Stimmen erhalten.

Peking. Bei einer Demonstration von Professoren und Studenten für sofortige Zollautonomie kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es hundert Verwundete gab.

Vertagung des Bellinzonaprozesses.

Bellinzona. Das Gericht beschloß im Sinne eines Antrages der Verteidiger, den Prozeß zu verschieben und die Akten zur weiteren Prüfung an die Staatsanwaltschaft zurückzuweisen. Die Vertagung ist wesentlich durch den Eindruck der Besichtigung der Unglücksstätte herbeigeführt worden. Der Gerichtshof mußte sich davon überzeugen, daß die Sicherungs- und Weichenanlagen an der Stelle, wo im vergangenen Jahre der Zusammenstoß der Schnellzüge sich ereignete, obwohl sie sich im Umbau befanden, durchaus nicht den Anforderungen eines modernen, komplizierten Verkehrs entsprachen. Dies wird auch in den beiden von der Verteidigung vorgelegten Gutachten bestätigt. Die Weichenanlagen sind natürlich inzwischen vollständig neu umgebaut worden, so daß sie jetzt allen Verkehrsansprüchen genügen.

Briand lehnt ab.

Paris. Briand, der vom Präsidenten Doumergue mit der Kabinettsbildung beauftragt worden war, hat nach ergebnislosen Verhandlungen die Übernahme der Bildung eines neuen Kabinetts abgelehnt.

Heliumgewinnung aus der Luft.

Berlin. Nach einer Blättermeldung aus London soll es der Britischen Sauerstoffgesellschaft gelungen sein, ein Verfahren zu erfinden, durch das reines Helium aus der Luft gewonnen werden kann. Das Verfahren ist jedoch zu kostspielig — ein Liter Heliumgas würde ein Pfund Sterling kosten —, als daß es zur Heliumgewinnung für Luftschiffe dienen kann.

Beraubung eines Zollamts.

Anklam. Einbrecher drangen mit Nachschlüsseln in ein Bureau des hiesigen Zollamtes ein, aus dem sie für rund 60 000 Mark Wertzeichen (Banderolen) entwendeten. Auswärtige Kriminalbeamte sind mit der Aufklärung des Diebstahls betraut worden.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 26. November.

Sonnenaufgang	7^{42}	Mondaufgang	2^{48} N.
Sonnenuntergang	8^{52}	Monduntergang	2^{29} V

1822 Der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg in Genua gest. — 1857 Joseph Freiherr von Eichendorff in Neiße gest.

□ **Postalisches.** Die zur Deutschen Verkehrsausstellung München 1925 herausgegebenen besonderen Freimarken zu 5 und 10 Pfg. verlieren mit Ablauf des Jahres 1925 ihre Gültikeit zum Freimachen von Postsendungen. Gleichzeitig wird auch die besondere Ausstellungspostkarte zu 5 Pfg. ungültig.

□ **Unveränderte Dezembermiete in Preußen.** Die gesetzliche Miete im Monat Dezember wird, wie verlautet, unverändert bleiben. Es werden also 82% Friedensmiete zu zahlen sein, die sich bei Übernahme der Schönheitsreparaturen durch den Mieter auf 78% ermäßigen.

):(**Der Kathol. Jugendverein** hielt am Montag abend im Pfarrhaussaale eine gutbesuchte Versammlung ab. Herr Rösner hielt einen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über das Gießen von Glocken und erläuterte zum Schluß Schillers „Lied von der Glocke". Herr Senior Kropp erstattete Bericht über die Bezirkstagung in Hirschberg. Am 16. Dezember findet die Generalkommunion des Vereins statt. Am 3. Januar n. J. wird der Verein, gemeinsam mit dem Kathol. Gesellenverein eine größere Weihnachtsfeier im „Schlesischen Adler" veranstalten.

hy. **Die neue Talsperre in Boberröhrsdorf,** die eine halbe Million Kubikmeter Wasserinhalt faßt und die bis nach Weltende reicht, wurde in Betrieb genommen. Drei Turbinen liefern 7 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Der elf Hektar große Stausee mit den umrahmenden Wäldern bietet ein großartiges Landschaftsbild.

— **Vorsicht beim Hausanstrich.** Ohne im Besitze einer Genehmigung der Baupolizei zu sein, hat ein hiesiger Hausbesitzer sein Haus mit einem neuen Farbanstrich versehen. Mit seinem Antrage auf gerichtliche Entscheidung gegen einen Strafbefehl der Polizei über 20 Mk. beim Amtsgericht in Hirschberg erreicht er zwar nicht seine Freisprechung, aber doch soviel, daß die Strafe auf 10 Mk. ermäßigt wurde.

hy. **Bahnbau im schlesischen Vorgebirgsland.** Die Absteckungsarbeiten für die Bahn Süßenbach—Märzdorf sind beendet worden. Der Bau wird im Frühjahr als Vollspurbahn mit Anschluß an Schönau auch für den Personenverkehr begonnen werden. Der Bau der Bahn ist für die abgeschlossenen Ortschaften der dortigen Gegend überaus bedeutungsvoll. Ursprünglich war nur eine schmalspurige Industriebahn in des neue Süßenbacher Basaltbergwerk vorgesehen.

hy. **Das neue niederschlesische Steinkohlenbergwerk.** Auf der Steinkohlengrube „Tremonia" werden gegenwärtig die Schächte abgetäuft. Quantitativ und qualitativ übertreffen die Kohlenfunde alle gehegten Erwartungen. Die gefundene fettreiche Kohle wird in erster Linie als Industriekohle Verwendung finden.

hy. **Schlesische Ferngasleitungen.** Nachdem im Waldenburger Bergland Projekte von Ferngasleitungen aufgetaucht sind, ist der Plan einer Ferngasversorgung zu Kochzwecken auch von der Friedeberger Stadtverwaltung in Erwägung gezogen worden. Die Versorgung würde von Greiffenberg aus erfolgen. Man rechnet auch auf eine Beteiligung von Bad Flinsberg.

hy. **Kontrollentnahmen im Fleischereigewerbe.** Ein Urteil von allgemeiner Bedeutng ist in Berlin gefällt worden. Ein Fleischermeister, der angeklagt war, verdorbene Mettwurst wissentlich unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft zu haben, wurde freigesprochen, nachdem sich ergeben hatte, daß die beim Kauf dem Käufer gegebenen Kostproben nicht beanstandet worden und die Wurst äußerlich nicht als verdorben anzusprechen war. Nach § 2 Abs. 3 des Nahrungsmittelgesetzes steht dem Meister die Befugnis zu, die Zurücklassung eines Teiles der Probe „Amtlich verschlossen oder versiegelt" zu fordern. Eine vom Nahrungsmittel-Chemiker vorgenommene Untersuchung schützt vor der Anklage des Verkaufs angeblich verdorbener Nahrungsmittel.

hy. **Amts- und Gemeindevorsteher haften für Brandschäden,** wenn sie nicht alle Vorkehrungen zur Brandbekämpfung, die das Gesetz vorschreibt, getroffen haben. Zu solchen gehören auch die Schaffung von Anfahrtsmöglichkeiten an Dorfteiche für die Motorspritzen, sowie die hinreichende Unterstützung der Bedienungsmannschaften der auswärtigen Motorspritzen durch die örtliche Feuerwehr.

hy. **Brandstifter am Werk.** In den letzten Tagen ist der Kreis Lauban erneut von Brandstiftungen heimgesucht worden. In Thiemendorf sind Brand- und Drohbriefe verteilt worden. Die Noacksche Besitzung ist niedergebrannt; es handelt sich angeblich um einen politischen Racheakt. In Neuscheibe ist die Heinze'sche Wirtschaft ebenfalls eingeäschert worden.

hy. **Innungen und Richtpreise.** Das ordentliche Strafrecht der Innungen bezüglich der Richtpreise ist, wie von einer rheinischen Handwerkskammer ausgeführt wurde, bisher so gut wie nicht angewendet worden. Im Falle der Verzichtleistung auf die Festlegung von Richtpreisen wurde als unbedingte Voraussetzung rücksichtsloses Vorgehen der Reichsregierung gegen andere Zusammenschlüsse, insbesondere gegen Kartelle und Syndikate, bezeichnet, da sonst jeder ernstliche Versuch zur Herbeiführung einer Preissenkung zu einem Mißerfolg verurteilt sein müsse.

— **Denkmalsverkauf.** Eine Hirschberger Zeitung enthielt kürzlich folgende Anzeige: Der Gutsbesitzer Willi Hoffmann, Vorsitzender des Denkmalsausschusses in Querbach, gibt bekannt, daß das aus Granitstein gearbeitete Kriegerdenkmal unter günstigen Bedingungen zu verkaufen ist.

hy. **Die Wirtschaftliche Notgemeinschaft** ist der neue Wahlvorschlag zur Provinzial-Landtagswahl, über dessen Herkunft und Bedeutung noch allenthalben keine rechte Klarheit besteht. Zur Wirtschaftlichen Notgemeinschaft zählen alle diejenigen, die mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen unzufrieden sind, in erster Linie die großen Verbände des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverbandes, der Kriegsbeschädigten, der Rentner usw. Die Namen der niederschlesischen Kandidaten sind folgende: 1. Hauptmann a. D. Schlemm, Liegnitz, 2. Gerichtsvollzieher i. R. Schneider, Freystadt, 3. Forstmeister Richard Wilberg, Carlswalde bei Sagan, 4. Lehrer i. R. Kabitz, Lüben, 5. Lehrer Georg Hanke, Vogelsdorf bei Landeshut.

nl. **Eine Mahnung der Müller an die Bauern.** Aus den Kreisen dse Müllergewerbes wird behauptet, die Bauern seien zum Teil selbst an dem Massenverbrauch ausländischen Mehles in Deutschland schuld, weil in sehr vielen Fällen die Landwirte von den Mühlen im Tausch gegen ihr Getreide „das schöne, weiße rheinische Mehl", das in Wirklichkeit Auslandsmehl ist, verlangen. Wohl im Zusammenhang hiermit veröffentlichen die geeinigten Mühlen von Wolnzach und Umgebung eine Aufklärung, worin die Landwirtschaft darauf aufmerksam gemacht wird, daß die einheimischen Mühlen alle in der Lage sind, genau so gutes und schönes Weizen- und Roggenmehl zu machen. An die Bauern wird der Appell gerichtet: Bauer, trockene dein Getreide, dann bekommst du trockenes Mehl! Bauer, verzehre dein Produkt und schütze dich vor Auslandsware!

hy. **Liegnitz,** 23. November. Der Krematoriumsbau ist soweit gediehen, daß bereits das Abputzen zu einem wesentlichen Teile beendet ist. Der Bau macht mit seiner Verbrennungshalle einen recht imposanten Eindruck. Das Krematorium soll im Frühjahr seiner Benutzung übergeben werden.

hy. **Bunzlau,** 23. November. Unregelmäßigkeiten in der Gemeindekasse sind in Gromsdorf hiesigen Kreises aufgedeckt worden. Die Gemeindevertretung sprach dem Gemeindevorstand das Vertrauen ab; der Gemeindevorsteher Möschner legte sein Amt nieder. Es ist beschlossen worden, gegen den Ortserheber das Strafverfahren einzuleiten.

Waldenburg, 25. November. Eine überraschende Wendung hat die behördliche Untersuchung des Brandunglücks in Dittmannsdorf genommen. In den Abendstunden des 25. Oktober d. J. war das Anwesen des Chausseearbeiters G. Adler in Kolonie Schwarzgraben samt Scheune und Stallung niedergebrannt. Als die Feuerwehr einige Möbel aus der Wohnung herausholen wollte, wurde die Wahrnehmung gemacht, daß Schränke und Schübe erbrochen und teilweise ihres Inhalts beraubt worden waren. Man nahm daher an, daß hier Einbrecher gehaust hätten, die, um ihre Spuren zu verdecken, das Gebäude dann in Brand gesteckt hatten. Durch die Ermittelungen der Landjägerei wurde nun festgestellt, daß das Adlersche Ehepaar die Sachen vor dem Brande zu befreundeten Familien nach Oberweistritz geschafft hatten. Adler hat bereits unter dem Druck der Beweise ein Geständnis abgelegt, daß er gemeinschaftlich mit seiner Frau den Brand vorsätzlich angelegt habe. Adler und seine Frau sind dem hiesigen Gerichtsgefängnis zugeführt worden.

nl. **Strehlen,** 24. November. (Ein Bettler als Brandstifter.) Auf einer Besitzung im nahen Grögersdorf erschien ein Bettler, der sich, wie der Sohn des Besitzers wahrnahm, an der Gutsscheuer zuschaffen machte. Als sich der Bettler entfernt stand bald darauf die Scheune in Flammen. Auf den Bettler, der der Brandstiftung verdächtig ist, wird gefahndet. Er ist etwa 50 Jahre alt, hat einen auffallend struppigen Bart und trägt einen grauen Rucksack und auf der linken Seite einen Brotbeutel.

Aus Böhmen.

nl. **Tschechische Gewalt in Deutschböhmen.** Die Gastwirtsgenossenschaft in Stadt und Bezirk Warnsdorf hatte vor Jahresfrist den Auftrag erhalten, die Gasthausaufschriften, alle Innenbezeichnungen und die Speisekarten erst tschechisch, dann deutsch anzubringen, jedoch dagegen rekuriert, da der Bezirk deutsch ist und in den deutschen Gastwirtschaften im ganzen Jahre nicht ein Tscheche verkehrt. Jetzt endlich ist der Einspruch erledigt und von der politischen Landesverwaltung abgewiesen worden und zwar aus „Gründen höherer Wichtigkeit und Mannigfaltigkeit und der öffentlichen Interessen" (wie schön!). Es heißt, daß ein großer Teil der Gäste Tschechen seien (obwohl im ganzen Bezirke nur drei v. H. Tschechen durch die Gewalteinstellung der Beamten gezüchtet wurde), und darauf Rücksicht genommen werden müsse. Die Gasthöfe müssen also nun überall die zweisprachigen Tafeln anbringen: damit man den Ausländern die Gemischtsprachigkeit vortäuscht. Hingegen gibt es in Prag, wo 30 Proz. der Fremden deutsch sind, nicht eine einzige deutsche Aufschrift, obwohl Prag auch die Landeshauptstadt der 3,5 Millionen Deutscher ist. Der Bezirk Warnsdorf, der am meisten von Deutschland umschlossen ist von drei Seiten, hat diese Verfügung als einer der ersten erhalten, die nunmehr auch allen anderen Gegenden aufgezwungen werden wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Amtsgerichtssitzung

Seine Mülleimer hat der Kaufmann Georg Reisewitz von hier, entgegen der Polizeiverordnung auf dem Bürgersteige zur Entleerung aufgestellt und diese trotz Aufforderung auch nicht wegbringen lassen. Sein Einspruch gegen eine polizeiliche Strafverfügung über 3 Mk. wird verworfen.

Ein unverbesserlicher Mensch ist der Arbeiter Robert Wallwiener von hier. Trotzdem er schon des öfteren längere Gefängnisstrafen verbüßt und wiederholt mit dem Arbeitshause Bekanntschaft gemacht hat, — sein Sündenregister enthält nur einige 20 Vorstrafen — scheinen diese Anstalten durchaus nicht abschreckend auf ihn eingewirkt zu haben. Im Gegenteil. Nach einiger Zeit genossener Freiheit sichert er sich in einer dieser staatlichen Gaststätten immer wieder einen Platz. Heut hat er sich nur wegen Bettelns, ruhestörenden Lärms und Entwendung eines halben Pfundes Butter zu verantworten. Unter Freisprechung vom ruhestörenden Lärm wird er im übrigen zu 5 Wochen Haft verurteilt. Nach verbüßter Strafe soll er auch dem Arbeitshause überwiesen werden.

Der ihm obliegenden Pflicht, seinem unehelichen Kinde den gesetzlichen Unterhalt zu gewähren, ist der Monteur und Maschinist Wilhelm Kutschera von hier nicht nachgekommen. Er wird deshalb zu 10 Tagen Haft verurteilt. Falls er jedoch seiner Verpflichtung in Zukunft nachkommt, soll die Strafvollstreckung auf zwei Jahre ausgesetzt werden.

hy. **Beginn des Waldenburger Stadtbankprozesses.** Am 23. d. Mts. begann vor dem Waldenburger Schöffengericht unter großem Andrang des Publikums der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen die Waldenburger Stadtbank, der weit über Schlesiens Gauen hinaus berechtigtes Aufsehen erregt. Aus der Anklageschrift, die zur Verlesung gebracht wurde, ist zu entnehmen, daß der Direktor Rühle und der Prokurist Schlüter Hauptangeklagte sind. Dem Strafverfahren, das zur heutigen Hauptverhandlung führte, liegt die Tatsache zugrunde, daß die leitenden Beamten der Stadtbank im 1. Vierteljahr 1924 Goldmarkgeschäfte vollzogen und Kreditaktionen bei verschiedenen großen deutschen Sparkassen vornahmen, für die die satzungsgemäße Genehmigung nicht vorlag. Dem Angekl., Direktor Rühle, wird zur Last gelegt, dazu beigetragen zu haben, daß der Wirtschaftsbank in München, deren Aufsichtsratsmitglied (!) er war, 1,2 Millionen Goldmark und der Industriebank Düsseldorf 400 000 Goldmark gegeben wurden,. Er soll weiterhin eine angeregte Revision der Debetkonten verhindert haben. Die beiden leitenden Beamten haben bedeutende Spekulationsgeschäfte gemacht. Käufe wurden bei der Bank erst nach einigen Wochen verbucht. Schließlich stellte es sich heraus, daß sich der der Stadt entstandene Schaden auf 1,5 Millionen Goldmark beläuft. Nachdem der Oberbürgermeister seinerzeit ein Verfahren gegen sich selbst beantragt hatte, ist er bei der Voruntersuchung einem Herzschlag erlegen.

Im Verlauf des Stadtbankprozesses ist in die Beweisaufnahme eingetreten worden, vor deren Beginn der Angeklagte Rühle betonte, daß er nicht umhin könne, Erklärungen abgeben zu müssen, die im Widerspruch zu denen des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Erdmann stünden. Der Geldvermittler Püttmann, Hannover, wird, wie Rühle, der Bestechung angeklagt. Untreue im Sinne der Anklage seitens des Direktors Rühle und des Prokuristen Schlüter wird hinsichtlich ihrer Verfügung über Vermögensstücke der Bank zu deren Nachteil erblickt. Die umfangreichen Ankäufe von Wertpapieren sind erst nach mehreren Wochen verbucht worden. Zur Uebersendung der Sparkassenbücher an die Sparkassen in Bremen und Rosenhain bemerken Rühle und Schlüter, daß die Bücher auf Veranlassung des Verwaltungsrates ausgestellt worden seien und Schlüter, daß er zeichnungsberechtigt gewesen wäre. Bei der Besprechung über die Geschäftsbeziehungen zur Wirtschaftsbank Bayern ergaben sich Widersprüche zwischen Rühle und Püttmann. Die Wirtschaftsbank war ein schwach fundiertes Unternehmen, das den Riesenkauf des Leuchtenberger Palais des Kronprinzen Rupprecht für 1,5 Millionen Goldmark tätigen wollte, jedoch nicht einmal die Angestelltengehälter bezahlen konnte. Püttmann beschaffte schließlich das Geld durch die Stadtbank Waldenburg, der er größere Beträge zugeführt hatte. Der Vorsitzende kennzeichnete die Tätigkeit der Wirtschaftsbank Bayern treffend, wenn er feststelte, daß sie weiter nichts geleistet habe, als daß sie ihr Kapital verloren hat.

Arbeiter und Angestellte.

Stettin. (Die Arbeitslage in der Provinz Pommern.) Das pommersche Landesarbeits- und Berufsamt schreibt: Die ungünstige Witterung, die das Arbeiten im Freien stark einschränkte, und fortdauernde Absatzkrisen ließen den Arbeitsmarkt weiter abgleiten. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden Pommerns vermehrte sich gegen die Vorwoche um rund 2200 Personen. Von dem Zugang entfallen u. a. auf die Gruppe der Ungelernten 900, auf das Baugewerbe 401, auf die Landwirtschaft 242, auf das Metallgewerbe 186, auf die Industrie der Steine und Erde 180 und auf das Holzgewerbe 132 Personen. Leicht zurückgegangen ist das Angebot nur in der Gruppe häuslicher Dienste und in der chemischen Industrie.

Essen. (Die Lohnverhandlungen der Angestellten des Ruhrbergbaues gescheitert.) In Essen verhandelten die Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaues mit dem Zechenverbande über eine Gehaltserhöhung. Da der Zechenverband wegen der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues jede Erhöhung ablehnte, beschlossen die Angestelltenverbände, den Schlichter anzurufen.

Spiel und Sport.

Sp. **Internationaler Skikongreß.** Der Internationale Skiverband hält am 7. Februar in Helsingfors seine diesjährige Jahrestagung ab. Aus diesem Anlaß sind große internationale Skiwettkämpfe vorgesehen, die von größer Allgemeinbedeutung deshalb werden dürften, weil sich daran die besten Skiläufer der Welt beteiligen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Unterschlagungen auf einer Stationskasse.** Nach dreitägiger Verhandlung wurde in Berlin das Urteil in dem Prozeß wegen der Veruntreuungen bei der Stationskasse Alexanderplatz gefällt. Als Strafen setzte das Gericht fest für Manske ein Jahr sechs Monate Gefängnis, wovon 11½ Monate durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, Schliep ein Jahr neun Monate Gefängnis, unter Anrechnung von 11½ Monaten Untersuchungshaft, Schreib 6 Monate Gefängnis, davon 2½ Monate verbüßt, Schmidt 9 Monate Gefängnis, davon 5½ Monate verbüßt, Rohde vier Monate Gefängnis und Raguse 8 Monate Gefängnis, die gänzlich verbüßt sind. Den Angeklagten wurde für den Rest der Strafe Bewährungsfrist gewährt.

§ **Der Mordprozeß Heymann.** Der erste Zeuge schildert die Auffindung der Leiche Heymanns. Medizinalrat Dr. Heymann-Angermünde fand seinerzeit die Reste der Leiche mit Stroh bedeckt. Die Muskulatur war größtenteils verbrannt. Eine Schußverletzung war nicht festzustellen, auch keine Erwürgung. Eine Vergiftung war nicht zu erkennen. Die Zeugin Mabel bekundet, daß sie um ¾10 Uhr Musik in dem Heymannschen Hause gehört habe und sich darüber ihrer Mutter gegenüber noch gewundert habe. Die übrigen Zeugenvernehmungen ergaben darüber nichts Neues.

§ **Der Stadtbankprozeß in Waldenburg.** Der Waldenburger Stadtbankprozeß nahm vor dem Schöffengericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Peltner aus Schweidnitz seinen Anfang. Unter der Anklage fortgesetzter gemeinschaftlicher Untreue, schwerer Urkundenfälschung, Bestechung und Vergehens gegen die Devisenverordnung stehen der Stadtbankdirektor Walter Rühle, der Stadtbankprokurist August Schlüter, beide aus Waldenburg, und der Geldvermittler Ernst Püttmann aus Hannover. Die Stadt Waldenburg ist um etwa anderthalb Millionen geschädigt worden. Die Angeklagten gaben in dem Eröffnungstermin die Erklärung ab, sich völlig unschuldig zu fühlen. Rühle benutzte die Tatsache, daß der mitangeklagte, im Frühjahr plötzlich verstorbene Oberbürgermeister Dr. Erdmann sich nicht verantworten kann, dazu, das verstorbene Stadtoberhaupt schwer zu belasten. Bei dem großen Zeugenaufgebot dürfte der Prozeß mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

§ **Der Kampf um die alten Banknoten.** Wie aus München gemeldet wird, wies das Landgericht München eine Klage auf Einlösung von alten Banknoten der Bayerischen Notenbank mit dem Ausstellungsdatum vom 1. Januar 1900 in neuem vollwertigen Gelde kostenpflichtig ab.

§ **Ein Todesurteil nach vier Minuten Verhandlung.** Wohl der kürzeste Strafprozeß, der mit einer Verurteilung zum Tode endete, fand vor dem Schwurgericht in Manchester statt. Ein Mann war wegen Mordes an einem jungen Mädchen angeklagt und bekannte sich in der Verhandlung sofort schuldig. Der Richter sprach das Todesurteil aus. Binnen vier Minuten war die Verhandlung beendigt. Der Angeklagte hörte das Urteil an, ohne mit der Wimper zu zucken.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 24. November.

* **Börsenbericht.** Wiewohl das Geschäft sich in engen Grenzen hielt, war die Tendenz nach einigen Schwankungen schließlich doch freundlicher, als an den Vortagen, zumal auch aus dem Auslande wieder einige Kaufaufträge vorlagen. Der Markt der inländischen Anleihen war fast unverändert, Kriegsanleihe stellte sich auf 0,168 %. Am Geldmarkt war tägliches Geld mit 7—9 %, monatliches Geld mit 10—11,50 % erhältlich.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,32—20,37; holl. Gulden 168,63—169,05; Danz. 80,59 bis 80,,79; franz. Frank 16,25—16,29; belg. 18,98—19,02; schweiz. 80,84—81,04; Italien 17,00—17,04; schwed. Krone 112,27—112,55; dän. 104,17—104,43; norweg. 85,09 bis 85,31; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,11 bis 59,25; poln. Zloty (nichtamtlich) 60,34—60,66.

* **Produktenbörse.** Chikago wie Liverpool endeten in flauer Tendenz, aber schon die Anfangskurse der englischen Terminbörse waren überraschend fest. Hier lagen aus der Provinz auf die matten amerikanischen Depeschen hin Verkaufs- und Begleichungsaufträge für Weizen wie für Roggen vor, welche Anlaß gaben, daß die Notierungen sich merklich niedriger stellten. Das Angebot für prompte Abladung war etwas größer, die Nachfrage vorsichtig. Das Mehlgeschäft ist ruhiger geworden, auch der Futtermittelmarkt zeigte wenig Leben. Hafer war stiller, Käufer waren zurückhaltender. Für Gerste besteht weiter Frage nach brauchbaren Brauqualitäten.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	24. 11.	23. 11.		24. 11.	23. 11.
Weiz., märk.	235-238	235-238	Weizkl. f. Brl.	11,5-11,6	11,5-11,6
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	9,6-9,7	9,6-9,7
Rogg., märk.	152-155	152-158	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	24-32	24-32,5
Braugerste	188-214	188-214	kl. Speiseerbs.	23-24	23-24
Futtergerste	152-165	152-165	Futtererbsen	18,5-20,5	18,5-20,5
Hafer, märk.	170-180	170-181	Peluschken	16,5-18	16,5-18
pommerscher			Ackerbohnen	20-22	20-22
weßpreuß.			Wicken	21-24	21-25
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,5-12,5	11,5-12,5
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	12-12,5	12-12,5
Bln. br. inkl.	—	—	Seradella	—	—
Sack (feinst.	—	—	Rapskuchen	15-15,5	15-15,5
Mrk. ü. Not.)	29,2-34,5	29,2-34,5	Leinkuchen	22-22,5	22-22,5
Roggenmehl			Trockenschtzl.	7,7-7,9	7,6-7,7
p. 100 Kil. fr.			Sova-Schrot	20,6-21,1	20,6-21,1
Bln. br. inkl.			Torfml. 30/70	9,0-9,2	9,1-9,3
inkl. Sack	22,2-24,5	22,2-24,5	Kartoffelfl.	15,7-16	14,6-15

* **Heu- und Strohnotierungen** (Erzeugerpreise) per 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 0,80 bis 1,25, do. Haferstroh 0,90—1,30, do. Weizenstroh 0,75—1,20, Roggenstroh 0,80—1,20, Roggenlangstroh 1,25—1,65, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,90—1,25, Häcksel 1,35 bis 1,65, handelsübliches Heu 3,10—3,60, gutes Heu 3,85—4,40, Kleeheu, lose 4,15—4,80.

* **Vieschlachtungen in Preußen.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Statistischen Korrespondenz, dem amtlichen Publikationsorgan des Preußischen Statistischen Landesamts, entnimmt, wurden in Preußen im dritten Vierteljahr 1925 geschlachtet: 956 511 Stück Rindvieh, 1 665 736 Schweine, 515 361 Schafe und 17 137 Ziegen. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden rund 50 000 Stück Rindvieh (mehr 5,5%), 137 000 Schweine (mehr 9%), 117 000 Schafe (mehr 29,3%) und 4600 Ziegen (mehr 36,5%) geschlachtet. Im einzelnen betrugen die Mehrschlachtungen an Rindvieh im Vergleich zum entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres bei den Kühen 12%, bei den Jungrindern 8% und bei den Kälbern 5,8%, während an Ochsen und Bullen 8% weniger geschlachtet wurden. Eine Übersicht über die drei Vierteljahre 1925 ergibt, daß in diesen insgesamt rund 3 056 000 Stück Rindvieh geschlachtet wurden gegen 2 700 000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, das sind 13,2% mehr.

Vereins-Kalender.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Uebungsabend in der Evang. Schule.

Mieterschutzverein. Donnerstag, den 26. November, abds. 8 Uhr Versammlung im Hotel „Zur Schneekoppe".

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag von 8 Uhr ab Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Amtliche Bekanntmachungen.

1. Es wird hierdurch nochmals auf die Bekanntmachung vom 10. November 1925 betr. **Provinzial-Landtags- und Kreistagswahl** am 29. November d. Ihrs. am hiesigen Anschlagsbrett im Gemeindeamt hingewiesen.
2. Die **rückständigen elektrischen Stromgebühren** sind zur Vermeidung der Zwangsbeitreibung innerhalb 8 Tagen an die Gemeindekasse zu zahlen. Dies gilt zugleich als **öffentliche Mahnung.**
3. Es wird auf die Bekanntmachung in Nr. 44 des Kreisblattes vom 11. d. Mts. betr. die **Verleihung des Rechtes zur Entnahme von Grundwasser aus dem Gebiet, Forst Giersdorf,** an den Landkreis Hirschberg hingewiesen. Etwaige Interessenten wollen sich bis 28. d. Mts., mittags 1 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer 1, 1. Stock, melden.

Bad Warmbrunn, den 25. November 1925.

Der Gemeindevorstand: J. V. Leipelt

Bekanntmachung!

Einem vieseitigen Wunsche unserer werten Gasabnehmer entsprechend, haben wir im Verwaltungsgebäude des Gaswerks Hirschberg eine

Lehrküche

eingerichtet, in der jederzeit (kostenlos) praktische Auskunft und Belehrung über sparsame und sachgemäße Benutzung der verschiedensten Gasverbrauchsapparate erfolgt.

Wir bitten das werte gasverbrauchende Publikum, von dieser Einrichtung im eigensten Interesse recht eingehend Gebrauch zu machen. Die Erklärungen pp. erfolgen durch eine extra hierfür theoretisch und praktisch in Berlin ausgebildete und geprüfte

Lehr- und Vortragsdame,

die auf Wunsch auch unsere werten Kunden in den Wohnungen aufsuchen wird. Evtl. Anmeldungen erbitten wir aber möglichst rechtzeitig.

Gaswerk Hirschberg.

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hocherfreut an

Kurt Wagenknecht und Frau
Frida, geb. Küschall.

Herischdorf i. Rsgb.
Weihrichsbergstrasse 6.

Am 23. November nahm Gott aus unserer Mitte Fräulein

Mathilde Hübner

frühere Schwester des Viktoria-Hauses in Berlin.

Sie war uns eine treue, selbstlose Freundin, die immer zugriff, wenn Hilfe nottat. Wir werden ihrer in Dankbarkeit und Treue stets gedenken.

Die Damen des Vereins Altersheim Herischdorf und der Vorstand:

I. A.: **A. v. Rosen,** geb. von Jordan.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. November, nachmittags 2.30 Uhr vom Trauerhause, Raschdaustraße 9 aus statt.

Deutschnationale Volkspartei

Oeffentliche

Wählerversammlung

in Bad Warmbr., „Schlesischer Adler"

am Freitag, 27. November abends 8 Uhr

Gutsbesitzer Jacobshagen aus Frankenstein spricht über:

Die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen am 29.11.25

Deutschnationale wählt alle:

Provinziallandtag: Liste Nr. 2.
Kreistag (grüner Stimmschein): **Liste Nr. 14.**

Freiwillige Sanitätskolonne

Bad Warmbrunn-Herischdorf

Die Freiwillige Sanitätskolonne begeht am **Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr im „Preuß. Hof"** ihr

24 jähriges Stiftungs-Fest

Um gütige Unterstützung und eventuelle Spenden zu einer Verlosung bittet

Der Vorstand.

Zurückgekehrt
Sanitätsrat Dr. Moses.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
seit 50 Jahren bewährtes Mittel für Wäsche und Hausputz!

Puppen-Klinik
Reparaturen v. Haarschmuck und Kämmen
Hochfrequenz-Bestrahlung
Vibrations-, Kopf- und Gesichts-Massage
Martin Jackisch, Friseur
Hirschberger Str., Ecke Füllnerstr.

Damen-Hüte
größte Auswahl
billigste Preise
Werner, Warmbrunn

Möbliertes Zimmer mit 2 Betten zu vermieten
Hirschbergerstr. 7, 1. Etg.

Mietautomobile 4-Sitzer 6-Sitzer
Ober-Ingenieur G. E. Gehlich
Hermsdorfer Strasse Nr. 34
Bad Warmbrunn
Fernruf 290
Bei Fernfahrten Sonderberechnung

Für Maler
geben wir
gr. Bogen Zeitungsmakulatur
billig ab.
Die Geschäftsstelle der „Warmbrunner Nachrichten".